

Schluss mit der Maskerade: Shutdown & Unverhältnismässige Freiheitsbeschränkungen beenden!

V.i.S.d.P.: AfD Landesverband Bayern, Rosenheimer Landstraße 129, 85521 Ottobrunn

Der Verlauf der bisherigen Wochen hat gezeigt, dass die Bürger unseres Landes in der Krise vernünftig und mit Bedacht gehandelt haben. Sie sind mündig und wissen selbst recht genau, welche Risiken sie eingehen wollen und welche nicht. Es braucht keinen „Nanny-Staat“, der ständig seine Bewohner gängelt und ihnen – teilweise unsinnige – Verhaltensvorschriften macht, die unter Umständen mehr schaden als nutzen – damit muss Schluss sein!

- ➔ Der Shutdown und die Maskenpflicht sind unverzüglich aufzuheben zugunsten eines gezielten und effektiven Schutzes der Risikogruppen durch minimalinvasive Mittel
- ➔ Kontinuierliche Überprüfung der Notwendigkeit aller weiteren Kontaktbeschränkungen durch vorherige Befristung
- ➔ Evaluation des Schaden-Nutzen-Verhältnisses der bisherigen Maßnahmen unter Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
- ➔ Keine Impfpflicht oder Immunitätsausweise sowie Tracking Apps oder sonstige Überwachungsmaßnahmen und oder gar Kennzeichnung von kranken oder „immunisierten“ Personen
- ➔ Keine Corona-Bonds/Euro-Bonds oder sonstige Übernahme fremder Schulden aufgrund der globalen Wirtschaftskrise sondern Entschädigung für die Folgen des Shutdowns bei den Betroffenen im Inland
- ➔ Keine Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krise



Die AfD ist die Partei des Grundgesetzes. Wir kämpfen für seinen Schutz!
Helfen Sie uns dabei! Erfahren Sie mehr unter:



WWW.AFD.DE/GRUNDGESETZ

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

Im Gegensatz zu den von Großspendern unterstützten und über Jahre mit Staatsgeldern gepöppelten Altparteien sind wir als noch relativ junge Partei für jede Spende dankbar. Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien sind i.d.R. steuerlich absetzbar!

Empfänger: AfD Landesverband Bayern
IBAN: DE51 7009 1500 0103 2070 13
BIC: GENODEF1DCA

Verwendungszweck:

Bitte hier Ihre komplette Anschrift für die Zusendung einer Spendenbescheinigung



schatzmeister@afdbayern.de



CORONA- KRISE

Schluss mit der Maskerade!

CORONA-KRISE

Gezielter Schutz von Risikogruppen statt kollektiver Panik

Die Verbreitung des neuartigen Coronavirus¹ in Deutschland hatte sich medial lange angekündigt, bevor es seit Ende Januar 2020 in Deutschland nachgewiesen wurde.

Das Virus ist aufgrund seiner Folgen, vor allem für die Risikogruppen, zu spät ernst genommen worden. Dabei hätte uns eine frühzeitige Aufklärungskampagne zu vorbeugenden Hygienemaßnahmen und eine Kontrolle der Einreisen aus dem Ausland, insbesondere aus China, vieles erspart. Beides hatte die AfD im Bundestag am 12.02.20 in einem entsprechenden Antrag gefordert.

Stattdessen verharmloste die Bundesregierung das Virus zuerst und verschwendete zwei Monate wertvolle Zeit, nur um dann mit dem deutschlandweiten „Shutdown“ und weitreichenden Ausgangsbeschränkungen Ende März **völlig überzureagieren.** Und das, obwohl das Virus bereits wieder abklang (Ansteckungsrate unter 1,0)! Die Regierung handelte dabei abseits jeder Empirie aus früheren Pandemien und ohne ausreichende wissenschaftliche Datenlage: staatliches Handeln aus Panik!

In Bayern nutzte der Ministerpräsident zudem die Gunst der Stunde, um sich in der Krise als starker Mann zu präsentieren, der die Lage im Griff hat. Allerdings inszenierte er sich vollkommen unglaubwürdig: Unmittelbar vor dem Ausruf des Katastrophenfalls hielt er noch die für seine Partei so wichtigen Kommunalwahlen ab!

Wir fordern einen Untersuchungsausschuss zu den staatlichen Maßnahmen in der Corona-Krise!



HEIMISCHE WIRTSCHAFT SCHÜTZEN

Das radikale Verbot aller wirtschaftlichen Aktivitäten hat unserer Volkswirtschaft schon jetzt einen Schaden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zugefügt.

Die deutliche wirtschaftliche Schieflage wurde allerdings durch Covid-19 lediglich ausgelöst:

Nicht das Virus, sondern **der restriktive Shutdown** der Regierung ist aus wirtschaftlicher Sicht eine Katastrophe. Er verstärkt die Wirkungen einer jahrzehntelangen falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Er ist sofort planmäßig aufzuheben, um hunderte Milliarden von Verlusten in der Volkswirtschaft zu vermeiden. **Nur soziale Marktwirtschaft ist reale Wertschöpfung.**

Diese Krise erfordert Konzentration auf das Notwendige statt Geldverschwendung für rein ideologisch motivierte Projekte wie Verkehrs-, Agrar-, Energiewende und verfehlte Klimapolitik.

BÜRGERRECHTE VERTEIDIGEN

Die gravierenden Eingriffe in die Grundrechte der Bürger, zur Verlangsamung von Covid-19 sind unverhältnismäßig, denn sie stehen in keinem Verhältnis zu seiner tatsächlichen Gefahr.

Es liegt auch aus gesundheitlicher Sicht keine statistisch fundierte Datengrundlage auf Basis von breit angelegten Tests vor, die rechtfertigen könnten, die verfassungsmäßig garantierten Rechte außer Kraft zu setzen.

Für mündige Bürger darf es keine Maskenpflicht geben, zumal eine Wirkung gegen Viren allgemein zweifelhaft ist.

Gesundheitsdaten sind zudem besonders schützenswert, daher sind Immunitätsausweise, Corona-Apps oder ähnliche Register und Kennzeichnungen von Personen grundsätzlich abzulehnen. Auch einer Corona-Impfpflicht ist eine klare Absage zu erteilen. Lockerungen der staatlichen Maßnahmen oder die Reisefreiheit dürfen nicht von Impfungen abhängig gemacht werden!

Die Frage, ob das Coronavirus bei den vielen vermuteten „Corona-Toten“ wirklich todesursächlich war, sollte zunächst durch Obduktionen auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden.

KRISE NICHT AUS-NUTZEN!

Gegenwärtig wird in Deutschland die Corona-Krise dazu instrumentalisiert, politisch unbeliebte Themen durchzusetzen, die unter normalen Umständen bei den Bürgern für großes Unverständnis gesorgt hätten.

So versucht z.B. die EU, sich weitere Kompetenzen zuzuschancen und auch die von Frankreich lang ersehnten Euro-Bonds unter dem so großzügig klingenden Namen „Corona-Bonds“ durchzusetzen. Im Kern ist diese aber nichts als der endgültige Weg in die Schuldenunion. Es handelt sich um sozialistische Umverteilung und Finanzierung fremder Staaten durch unsere Steuergeld – das ist nicht nur verfassungs-, sondern auch vertragswidrig!

